

14.40

Abgeordneter Hermann Brückl, MA (FPÖ): Frau Präsident! Geschätzter Herr Bundesminister! Sehr geehrte Damen und Herren! Hohes Haus! Selbstverständlich sagen auch wir Ja zu mehr Unterstützung für Menschen, die einfach Hilfe brauchen. Es ist unsere Aufgabe, es ist Aufgabe der Politik, dass wir allen Menschen, allen Mitbürgern die gesellschaftliche Teilhabe so leicht wie möglich machen.

Wenn es um inklusive Bildung geht, dann sagen wir aber auch, dass es eine Wahlfreiheit geben muss, eine Wahlfreiheit für Kinder, für Eltern. Die Betroffenen müssen selbst entscheiden können, welche Bildungsmöglichkeit, welche Bildungschance sie in Anspruch nehmen, nutzen wollen. Die Beibehaltung der sonderpädagogischen Lehranstalten ist daher für uns ein Muss. Eine Zwangsinklusion ist für uns nicht denkbar und auch falsch. Die Wahlfreiheit muss für die Betroffenen, für die Eltern gegeben sein. Auch im Hinblick auf die Lehrerausbildung muss es möglich sein, dass wir nicht nur oder nicht mehr ausschließlich in Richtung Inklusion ausbilden – auch das sollte klar sein.

Zur Lehrerausbildung: Es ist ja kein Geheimnis, dass wir in diesem Land derzeit einen Lehrermangel haben. Das wird sich noch über einen längeren Zeitraum hinweg so darstellen. Herr Bundesminister, wir standen in einem Austausch mit Ihrem Vorgänger, mit Minister Faßmann, der uns auch zugesagt hat, dass er in diese Richtung etwas erarbeiten wird. Unser Vorschlag war nämlich, dass wir die Ausbildungszeiten für Lehrer verkürzen. Fünf Jahre, sechs Jahre, um anschließend in einer Volksschule zu unterrichten, das ist zu lange, das dauert viel zu lange, ist viel zu aufwendig. Herr Bundesminister Faßmann hat damals definitiv zugesagt, etwas in diese Richtung auszuarbeiten. Ich würde Sie ersuchen, dass auch Sie bei einer Änderung der Ausbildung im Lehrerbereich, gerade auch im Pflichtschullehrerbereich, mitwirken und etwas tun.

Ich möchte zum Thema zurückkommen. Es steht auch eine Petition in Verhandlung, mit dem Titel „Inklusive Bildung jetzt“. Diese Petition wurde von 4 000 Menschen unterstützt. Ich möchte aber darauf hinweisen, dass es bereits davor eine Petition mit dem Titel „Wahlfreiheit braucht Wahlmöglichkeit! Die Errichtung von Modellregionen [...] darf nicht so weit reichen, dass das Recht der Betroffenen auf Wahlfreiheit beschnitten wird“ gegeben hat. Diese Petition hat 27 000 Unterschriften erhalten, also ein Vielfaches davon. Daher darf ich noch einmal darauf hinweisen: Es darf bei uns keine Zwangsinklusion geben.

Herr Bundesminister, Ihre Aufgabe ist es, dass Sie sensibel mit dieser Thematik umgehen, und ich hoffe, Sie gehen sensibler mit dieser Thematik um, als Ihr Ministerium das bislang mit unseren Kindern, mit unseren Schülern, mit unseren Lehrern im Zuge dieser Krise getan hat. Maskenzwang, Testwahnsinn, fehlende Unterstützung für Lehrer, für Schüler, für Eltern in Zeiten von Lockdowns, keine Ideen, wie man Bildungsrückstände aufarbeiten kann: All das wurde vonseiten des Ministeriums veranlasst beziehungsweise nicht berücksichtigt.

Herr Bundesminister, wir müssen zurück zur Normalität an unseren Schulen, zur Normalität im Sinne unserer Kinder, im Sinne der Eltern und auch im Sinne der Lehrer. Ich bitte Sie daher wirklich, mit diesem Wahnsinn, der immer noch passiert, endlich Schluss zu machen. *(Beifall bei der FPÖ.)*

14.43

Präsidentin Doris Bures: Nächste Rednerin: Frau Abgeordnete Sibylle Hamann.